

# „Ein Ausdruck der Verzweiflung“

**INTERVIEW** Nahost-Experte zu Drohungen des Palästinenserführers Abbas

VON GREGORY DAUBER

Kassel – Es ist das jüngste Kapitel eines Dauerkonflikts: Palästinenserpräsident Mahmud Abbas hat die Aufkündigung aller Vereinbarungen mit Israel und den USA angekündigt. Er begründete das mit den Annexionsplänen Israels im besetzten Westjordanland, die durch den Nahost-Plan von US-Präsident Donald Trump ermöglicht wurden. Wir sprachen darüber mit Stephan Stetter, Professor für Konfliktforschung und Nahost-Experte.

## Herr Stetter, ist Abbas' jüngste Ankündigung mehr als Symbolpolitik?

Was Abbas macht, ist ein Ausdruck der Verzweiflung, keine klare Strategie. Er ist alt und krank, seine Nachfolge ungeklärt. Politisch ist er geschwächt, denn die palästinensische Politik ist gespalten zwischen der Hamas im Gazastreifen und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA). Die Macht der PA im Westjordanland bröckelt, unter anderem wegen Korruptionsvorwürfen. Auch das von der PA lange unterstützte Osloer Abkommen hat keine Früchte getragen. Die Palästinenser sind frustriert von dem nicht stattfindenden Friedensprozess. Aus ihrer Perspektive haben sie die letzten 20 Jahre nur verloren, da reißt sich der Trump-Plan nahtlos ein. Auf diese Stimmungen reagiert Abbas. Das ist eine Drohung, auch weil für Israel die Kooperation in Sicherheitsfragen eine wichtige Rolle spielt und Stabilität gibt. Abbas droht mit Chaos im Westjordanland.

## Die Aufkündigung der Abkommen würde auch eine Auflösung der palästinensischen Autonomiebehörde bedeuten. Was wären die Konsequenzen?

Die Verantwortung für die Bevölkerung würde auf Israel übertragen, denn laut Völkerrecht hat eine Besatzungsmacht die Pflicht, das Wohlbefinden der Zivilisten in besetzten Gebieten zu sichern – von der Gesundheitsversorgung bis hin zu Infrastruktur. Ich glaube nicht, dass die PA diese Drohung ernst meint. Sie soll Israel und den Westen, der viel Geld ins Westjordanland investiert, erschrecken. International käme zudem die Frage auf, wer sich denn dann für die Anerkennung des Staates Palästina starkmachen sollte. Das kann die PA nicht wollen.

## Welche Rolle spielt die Hamas bei Abbas' Schwäche?



Ein Palästinenser hält die palästinensische Nationalflagge vor israelischen Sicherheitskräften während eines Protestes in Nablus im Westjordanland anlässlich des 72. Jahrestages der Nakba. Am Nakba-Tag, dem 15. Mai, gedenken die Palästinenser der Vertreibung Hunderttausender im Zuge der israelischen Staatsgründung 1948. FOTO: MAJDI MOHAMMED/AP/DPA

Eine Wichtige. Sie kontrolliert den Gazastreifen und verfügt auch im Westjordanland über Ressourcen, obwohl sie dort nicht an der Macht ist und bekämpft wird. Hamas und Palästinensische Befreiungsorganisation versuchen seit Langem, eine Regierung der nationalen Einheit zu etablieren, was signalisieren soll, man stehe zusammen. Herausgekommen ist dabei aber bislang nichts.

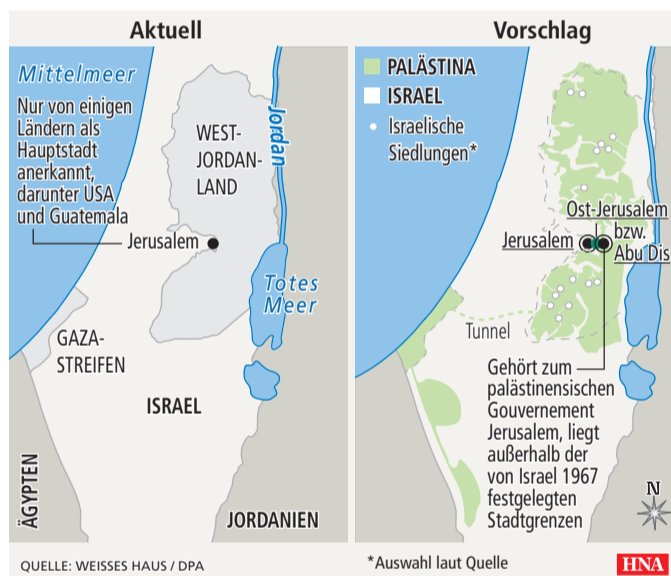
## Wird Israel seine Annexionspläne bald umsetzen?

Es spricht vieles dafür, dass es am 1. Juli passieren wird. Die neue Koalition hat das beschlossen und auch Trump macht Druck: Er ist für seine Wiederwahl auf die Evangelikalen angewiesen, für die Israels Herrschaft über das „Heilige Land“ eine große Rolle spielt. Israel muss aber auch abwägen, was Vor- und Nachteile dieses Schrittes wären. Da gibt es auch in Israel große Spaltungen.

## Das müssen Sie erklären.

Schaut man sich ihre Entstehung an, ist die Trump'sche Lösung ein Hohn und erntet Kritik von eigentlichen Befürwortern einer Zwei-Staaten-Lösung. Für Ministerpräsident Benjamin Netanjahu ist die Annexion vor allem wichtig, um seine Macht zu erhalten. Er sieht aber auch die daraus resultierenden Probleme. Deswegen sind auch Befürworter einer Annexion skeptisch: Den Hardlinern gehen die Pläne nicht weit ge-

## TRUMPS NAHOST-PLAN: ZWEI-STAATEN-LÖSUNG



nug, denn faktisch kontrolliert Israel das Jordantal bereits.

## Was würde eine Annexion dann also ändern?

Das hätte Auswirkungen vor Ort. Die auch jetzt schon stark eingeschränkte Bewegungsfreiheit der Palästinenser würde noch stärker beschnitten. Da geht es etwa um Straßen, die genutzt werden. Auch der so wichtige Grenzübergang nach Jordanien würde für die Palästinenser noch schwerer.

## Könnten weitere Einschränkungen eine dritte Intifada auslösen?

Ich würde zunächst eine Radikalisierung im Sinne einer Desillusionierung erwarten.

Niemand spricht in Palästina mehr von einem Friedensprozess, da gibt es eine ganz große Enttäuschung. Ob das in Gewalt in Form einer dritten Intifada übergeht, würde ich nicht ausschließen. Es gibt aber auch Faktoren, die dagegen sprechen: Es fehlt ein politisches Ziel, um zu mobilisieren. Vermehrte Attacken von Einzelgängern sind sicher zu erwarten.

## Trump ist für die Palästinenser ein rotes Tuch – kann die EU vermitteln?

Ich halte die EU für einen zentralen Akteur in dieser Region, der auch Beachtung findet. Die Tatsache, dass außenpolitische Entscheidungen der EU einstimmig getroffen werden müssen, schränkt die

## ZUR PERSON



**Stephan Stetter (47)** aus Konstanz ist Professor für Internationale Politik und Konfliktforschung an der Universität der Bundeswehr München. Seine Schwerpunkte: Konflikte und Gesellschaft im Nahen und Mittleren Osten, mit Schwerpunkt Israel und Palästina sowie EU-Außenbeziehungen. FOTO: PRIVAT

Handlungsfähigkeit jedoch ein. Unter den EU-Außenministern gibt es Uneinigkeit im Israel-Palästina-Konflikt, was sehr schade ist. Konsens ist nur, dass das Völkerrecht geachtet werden muss. Zur Frage, wie man im Falle einer Annexion mit Israel umgehen müsste, gibt es unterschiedliche Sichtweisen. Das reicht von Sanktionen, wie es sie etwa auch gegen Russland wegen der Besetzung der Krim gibt, bis hin zu weichen Ansätzen, die eine Annexion rhetorisch verurteilen. Kurzfristig ist von der EU eher weniger zu erwarten. Sie spielt immer dann eine gute Rolle, wenn es eine grundsätzliche Bereitschaft zu Friedensgesprächen gibt – nicht nur in diesem Konflikt.

## Politbarometer: FDP erstmals unter 5 Prozent

Berlin – Die FDP ist zum ersten Mal in dieser Wahlperiode in einer Umfrage unter die Fünf-Prozent-Marke gefallen. Nach dem „ZDF-Politbarometer“ vom Freitag käme sie im theoretischen Fall einer Bundestagswahl am kommenden Sonntag auf lediglich 4 Prozent, ein Prozentpunkt weniger als vor zwei Wochen. Bei der Wahl 2017 hatte sie mit 10,7 Prozent mehr als doppelt so viel erreicht.

CDU und CSU blieben in der ZDF-Befragung mit Abstand stärkste Kraft und könnten mit 39 Prozent (plus eins) rechnen, die Grünen auf Platz zwei mit 19 Prozent (plus eins). Die SPD blieb unverändert bei 15 Prozent, die Linke ebenso bei 8. Die AfD verschlechterte sich auf 9 Prozent (minus eins).

Damit hätte sowohl eine Koalition aus Union und Grünen eine Mehrheit als auch eine aus Union und SPD. dpa

## KURZ NOTIERT

### Drohbrief gegen jüdische Gemeinde

Bei einer jüdischen Gemeinde in Halle an der Saale ist ein Drohbrief mit beleidigendem und volksverhetzendem Inhalt eingegangen. Die betroffene Synagogengemeinde zu Halle e.V. stellte am Donnerstag Strafanzeige, wie die Polizei am Freitag mitteilte. Es wurden Ermittlungen wegen Volksverhetzung eingeleitet.

### Haldenwang warnt vor rechtem Terror

Rechtsextremismus und -terrorismus sind nach Einschätzung des Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, aktuell die größte Bedrohung in Deutschland. Es gebe sowohl steigende Anhängerzahlen als auch eine erhöhte Gewaltbereitschaft, sagte Haldenwang am Freitag.

### Tiefensee zieht sich aus Politik zurück

Der Thüringer SPD-Chef Wolfgang Tiefensee zieht sich aus der Politik zurück. Er werde im November nicht noch einmal als Landesvorsitzender und auch nicht als Spitzenkandidat bei der Landtagswahl im April antreten, erklärte der 65-Jährige. Als Grund für seinen baldigen Rückzug verwies Tiefensee auf sein Alter. Die Weichen in der Landespartei müssten neu gestellt werden.

### EU: Keine Sanktionen gegen China

Die EU verurteilt das von China vorangetriebene Sicherheitsgesetz für Hongkong, erwägt im Unterschied zu den USA aber keine Sanktionen. Bei Beratungen der EU-Außenminister habe nur ein einziges Mitglied das Thema Strafmaßnahmen angesprochen, teilte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell mit. Das Land nannte er nicht.

## Bundestag schickt mehr Soldaten nach Mali

EU-Ausbildungsmission gegen islamistischen Terror wird auf gesamte Sahelzone ausgeweitet

VON CARSTEN HOFFMANN

Berlin – Der Bundestag hat mit großer Mehrheit grünes Licht für eine Ausweitung des Einsatzes deutscher Soldaten im westafrikanischen Mali und der Sahelregion gegeben. Dazu sollen als Beitrag zur EU-Ausbildungsmission EUTM künftig bis zu 450 deutsche Soldaten in das Land geschickt werden können, 100 mehr als bisher. Das

nun bis Ende Mai 2021 verlängerte Mandat sieht auch zusätzliche Aufgaben und eine regionale Erweiterung über Mali hinaus vor. Dafür stimmten am Freitag 437 Abgeordnete. Dagegen votierten 149 Abgeordnete, 58 enthielten sich, wie es die Grünen angekündigt hatten.

Das neue Mandat sieht vor, die malischen Streitkräfte für

den Kampf gegen islamistische Terrorgruppen und kriminelle Banden näher an Einsatzorten auszubilden und zu begleiten, ohne dass sich die Bundeswehr selbst aktiv an Kampfhandlungen beteiligt. Geplant ist der Aufbau eines Ausbildungszentrums in Zentralmali. Wegen der Coronapandemie ruht die Ausbildungsmission der Europäer in dem Land derzeit.

Das EUTM-Mandatsgebiet wird zudem auf alle G5-Sahelstaaten – Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad – ausgeweitet. Damit wird dem grenzübergreifenden Agieren der Terroristen Rechnung getragen. Die Operation „Gazelle“, bei der deutsche Kampfschwimmer in Niger örtliche Spezialkräfte ausbilden, wird erstmals in das EUTM-Mandat einbezogen.

Aus der Opposition kam Kritik, die auf fehlende Erfolgskontrolle und vage formulierte Ziele abhob oder den Sinn grundsätzlich infrage stellte, weil die Gewalt ungeachtet des europäischen Engagements zugenommen hat. Direkte Ablehnung kam aus der AfD und der Linken. Außenpolitiker der Großen Koalition warben dagegen um Unterstützung. dpa